



## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** SB/02/2007  
**Gremium:** Seniorenbeirat  
**Tag:** Dienstag, 17.04.2007  
**Ort:** Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.203  
**Beginn:** 15:00 Uhr

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Mitteilungen
2. Niederschrift der Sitzung am 06.02.2007
3. Bericht aus dem Sozialausschuss  
- Herr Insel -
4. Bericht aus der Landesseniorenvertretung  
- Frau Klenke -
5. Bericht aus der Landesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen -  
LAGSO  
- Frau Sauerwein -
6. Bericht der Heimaufsicht
7. Hospizarbeit in Hagen
8. Bericht aus dem Workshop Demografischer Wandel
9. Bericht aus dem Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit
  - a) Veranstaltung für Senioren am 28.04.2007
  - b) Positionspapier zum Thema Masterplan Wohnen ( Anlage )



10. Haushaltsplanentwurf 2007 - Haushaltsstelle 4980 788 0000 5 - Veranstaltungen für Hagener Senioren
  - a) kameraler Haushalt
  - b) NKF-Haushalt
  - c) Haushaltssicherungskonzept und Strategiekonzept
  
11. Verschiedenes



## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr. Sie weist darauf hin, dass mit der Vorsitzenden des Sozialausschusses, Frau Machatschek, vereinbart worden ist, dass zukünftig der Tagesordnungspunkt Bericht aus dem Seniorenbeirat in die Tagesordnung des Sozialausschusses aufgenommen wird.

#### **1. Mitteilungen**

Frau Schmidt gibt folgende Mitteilungen bekannt:

- a) In der Lange-Str. 96 soll eine Tagespflegeeinrichtung errichtet werden. Betreiberin wird Frau Elke Kleine werden; die Räumlichkeiten werden von der GWG zur Verfügung gestellt, ein Versorgungsvertrag liegt bisher noch nicht vor. Diese Tagespflege trägt das besondere Merkmal, dass sie auch an den Wochenenden geöffnet haben soll.
- b) Die Wohnbebauung Haus Harkorten ist zur Zeit wieder aktuell. Es liegt der Verwaltung ein erster Entwurf vor, in welchem Appartement-Häuser mit 33 und 45 Wohneinheiten für Betreutes Wohnen, ein Pflegeheim mit 100 Pflegeplätzen und eine Einfamilienhaussiedlung mit 45 Häusern in Fachwerkbauweise geplant sind.
- c) Das neue Haus Wohlbehagen am Lukaspark wird am 01.07.2007 mit einem Wohnbereich in Betrieb gehen.
- d) In der Grünrockstraße 2 wird eine Einrichtung für Menschen mit Behinderungen mit 24 Plätzen entstehen. Das Angebot richtet sich an erwachsene Männer und Frauen mit Mehrfachbehinderungen. Betreiber ist Homborn Bethel-vor-Ort.
- e) In der Einrichtung der ZIP-AG, vormals Autonomia, im Elb-Center sind inzwischen vier Bewohner aufgenommen worden.
- f) Eine Grundstücks-GmbH beabsichtigt, eine Pflegeeinrichtung mit 151 Plätzen zu errichten. Eine Bauvoranfrage ist bereits erfolgt, ein Betreiber ist noch nicht bekannt.

Frau Klenke teilt mit, dass sie an der Veranstaltung Reisen für Senioren am 8. März 2007 im DRK-Haus teilgenommen hat. Erfreulich dabei war, dass eine Gruppe Gehörloser an der Veranstaltung teilgenommen hat.

#### **2. Niederschrift der Sitzung am 06.02.2007**

Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 06.02.2007 ergehen keine Einwendungen.

Frau Klenke bedankt sich bei den Mitgliedern, dass sie als ordentliche Vertreterin für die Landessenorenvertretung benannt worden ist.

**3. Bericht aus dem Sozialausschuss****- Herr Insel -**

Herr Insel berichtet detailliert über die Sitzungen des Sozialausschusses. Er teilt darüber hinaus mit, dass keine seniorenrelevanten Themen beraten worden sind.

**4. Bericht aus der Landesseniorenvertretung****- Frau Klenke -**

Frau Klenke teilt mit, dass am 25.04.2007 die Jahreshauptversammlung der Landesseniorenvertretung in Kerpen stattfinden wird. Themen sind unter anderem Verbraucherschutz für Senioren, Umweltbelastungen, Gebrauch der Deutschen Sprache in den Medien, zeitlich begrenzte Fahrerlaubnis für Senioren und Belastung durch hohe Energiekosten.

Sie berichtet ferner, dass sie am 22. Februar 2007 an einer Fachtagung zum Thema Altersdiskriminierung in Köln teilgenommen hat. Die Tagung stand unter der Schirmherrschaft von Minister Laschet und war mit internationalen Experten besetzt. Sie informiert detailliert über den Tagungsverlauf. Frau Sauerwein empfiehlt abschließend, den Beitrag zur Altersdiskriminierung von Herrn Dr. Ahlenfelder zwecks weiterer Beratung anzufordern und nach Vorliegen den Beiratsmitgliedern zuzusenden.

**5. Bericht aus der Landesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen - LAGSO****- Frau Sauerwein -**

Frau Sauerwein stellt die Arbeit und Organisation der Landesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen – LAGSO - vor. In dieser sind neben Parteien und Verbänden auch Gewerkschaften vertreten. Eine enge Zusammenarbeit mit der Landesseniorenvertretung wird angestrebt. Sie verweist auf die Tischvorlage zur Thematik der Rentennullrunden als gemeinsame Stellungnahme der LAGSO und der Landesseniorenvertretung.

**6. Bericht der Heimaufsicht**

Frau Schmidt gibt eine Übersicht über das zur Zeit in Hagen vorhandene Heimplatzangebot. Demnach sind vier Tagespflegeeinrichtungen mit 68 Plätzen, vier Kurzzeitpflegeeinrichtungen mit 70 Plätzen, 19 Altenpflegeeinrichtungen mit 1.785 Plätzen und 20 Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen mit 383 Plätzen existent. In diesem Jahr werden noch zwei weitere vollstationäre Einrichtungen mit weiteren 157 Plätzen in Betrieb gehen.

Für die Überwachung dieser Heime sind seitens der Heimaufsicht 1,3 Vollzeitkräfte und eine 0,5 Teilzeitkraft zuständig. Bei der 0,5 Stelle handelt es sich um die in der Heimaufsicht beschäftigte Pflegefachkraft. Die anderen beiden Sachbearbeiter nehmen die Aufgaben nach dem Heimgesetz neben anderen Aufgaben wie die nach dem Landespflegegesetz, Geschäfts- und Schriftführung der Pflegekonferenz und des Seniorenbeirates wahr. Sie erläutert im Detail die schwerpunktmäßigen Aufgaben der Heimaufsicht und die Rechtsgrundlagen

der Überprüfungen. Die Heime werden durch wiederkehrende oder anlassbezogene Prüfungen überwacht. In der Vergangenheit wurden einmal jährlich in allen Hagener Einrichtungen Prüfungen durchgeführt. Geprüft werden u.a. die Personalbesetzung, die Dienstpläne und die Pflegedokumentationen und durch Inaugenscheinnahme von Bewohnern auch die Pflegequalität. Der überwiegende Teil der Heimbewohner äußerte sich zufrieden mit den Leistungen der Einrichtungen. Aufgrund der Inaugenscheinnahmen konnte festgestellt werden, dass die Bewohner in der Regel gut gepflegt waren. Es wurde allerdings auch festgestellt, dass Bewohner sich in einem kritischen Ernährungs- und Pflegezustand befanden und Sturzrisiko- und Dekubitusgefahr vorlagen. In diesen Fällen wurden die Einrichtungen beraten, entsprechende Prophylaxen und Personalschulungen durchzuführen. Anordnungen gegenüber Heimträgern mussten in den letzten Jahren nicht durchgeführt werden, da die Beratungen Erfolg hatten. Die Beratung hat immer Vorrang vor bestimmten Sanktionsmaßnahmen.

Beschwerden von Heimbewohnern, Angehörigen und Betreuern gab es in den beiden letzten Jahren relativ häufig, diese waren aber in den meisten Fällen nicht berechtigt. Parallel zur Hagener Heimaufsicht besteht auch ein Prüfungsauftrag des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherungen. Da die Befugnisse des MDK dem Heimgesetz weitgehend angeglichen sind, soll zur Vermeidung von Doppelprüfungen der MDK die Heimaufsicht auch an den Prüfungen beteiligen. Diese Beteiligungen sind in Hagen bisher neunmal erfolgt. Die Ergebnisse der MDK-Prüfungen fielen in den meisten Fällen nicht zugunsten der Einrichtungen aus. Durch Maßnahmenkataloge wurden die Einrichtungen dazu angehalten, festgestellte Mängel zu beseitigen.

Abschließend teilt Frau Schmidt mit, dass aufgrund der Föderalismusreform vom 01.09.2006 nunmehr die Zuständigkeit für die Gestaltung eines neuen Heimrechts vom Bund auf die Bundesländer übergegangen ist, wobei bis zum Inkrafttreten eines neuen Landesheimgesetzes das bisherige Bundesrecht weiterhin Gültigkeit hat. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat am 27.03.2007 die Eckpunkte für ein Landesheimgesetz NW beschlossen.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Klenke, Frau Nowak-von-der-Way, Frau Opitz, Frau Peters, Frau Sauerwein, Frau Schmidt, Herr Klein, Herr Mattern, Herr Seidel, Herr Thielmann, Herr Ensberg und Herr Wegener.

Es wird festgestellt, dass mit dem derzeitigen und in diesem Jahr noch zu berücksichtigenden Heimplatzangebot eine zur Zeit mehr als ausreichende Anzahl an Pflegeplätzen vorhanden ist. Wartelisten sind nicht mehr existent, die Auslastungsquoten einzelner Einrichtungen sinken und zum Teil sind bereits nicht unerhebliche Leerstände in Einrichtungen bekannt. Frau Opitz stellt fest, dass derzeit nicht auf die vorhandenen Heime verzichtet werden kann. In Anbetracht der demografischen Entwicklung und der Kostenentwicklung sieht sie Probleme, pflege- und hilfebedürftige Menschen überwiegend in Heimen zu versorgen. Sie stellt die Frage in den Raum, welche echten alternativen Wohnformen zum Heim für Menschen, insbesondere nach Krankenhausaufenthalt, in Hagen bestehen, zumal ambulante Pflegedienstleistungen bei einer 24stündigen Versorgung gegenüber einer Heimunterbringung keine Kostenvorteile darstellen. Sie bringt zum Ausdruck, dass sie unter diesen Wohnmöglichkeiten eine Konzeption versteht, die deutlich über das bereits vorhandene Angebot des Betreuten Wohnens hinausgeht. In dieser sollten - angebunden an seniorengerechte



Wohnungen - gesundheitspflegerische und hauswirtschaftliche Dienstleistungen integriert und vorgehalten werden, welche bei Bedarf rund um die Uhr zur Verfügung stehen, um teure stationäre Heimunterbringungen zu vermeiden. In einem Modellversuch mit Wohnungsbauunternehmen könnte erprobt werden, ob auf diesem Wege den Bewohnern und dem Sozialhilfeträger Kosten erspart werden. Frau Peters teilt diesbezüglich mit, dass ein solches Angebot in Hagen noch nicht besteht, betont aber, dass sie die Überlegungen von Frau Opitz teilt, dass zukünftig intensiver Versorgungskonzepte in den Wohnquartieren entwickelt werden sollten. Herr Klein gibt zu bedenken, dass eine solche vorgestellte Konzeption unter die Bestimmungen des Heimgesetzes fallen könnten, da hier unter Umständen Abhängigkeiten der Bewohner festzustellen sind, von daher gelte es, das neue Heimgesetz NRW abzuwarten. Frau Schmidt verweist diesbezüglich auf die Bestimmungen des noch geltenden Bundesheimgesetzes hin. Dieses ermöglicht bereits in einer Experimentierklausel die Erprobung von alternativen Wohn- und Betreuungsformen.

Frau Sauerwein wirft die Frage auf, ob die personelle Besetzung der Hagener Heimaufsicht als ausreichend zu betrachten ist. Frau Opitz regt an, diesbezüglich einen Städtevergleich vorzunehmen. Frau Schmidt erläutert, für welche Aufgaben die Mitarbeiter der Heimaufsicht zusätzlich zuständig sind. Ein Städtevergleich liegt vor. Die Problematik in dem Vergleich bestehe aber grundsätzlich darin, dass zwei Mitarbeiter der Hagener Heimaufsicht mit zusätzlichen Aufgaben betraut sind und dieses in vergleichbaren Städten nicht die Regel ist. Nach eingehender Diskussion wird empfohlen, zu der Situation der Heimaufsicht dem Sozialausschuss noch keine unterstützende Empfehlung vorzulegen und die Inhalte des neuen Landesheimgesetzes NRW abzuwarten.

## **7. Hospizarbeit in Hagen**

Frau Sauerwein begrüßt zum Thema Hospizarbeit Frau Stoppa vom ambulanten Hospiz des Caritasverbandes, Frau Dodt vom ambulanten Hospiz des Diakonischen Werks und Herrn Erdtmann als Vertreter des Vereins Stationäres Hospiz in Hagen. Frau Stoppa teilt mit, dass der ambulante Hospizdienst des Caritasverbandes in Einzelfällen immer wieder an Grenzen stößt, wenn die ambulante Betreuung von Palliativpatienten nicht mehr möglich und eine Unterbringung in ein stationäres Hospiz erforderlich ist. Im Jahr 2006 waren es drei Pflegefälle des ambulantes Caritasdienstes, welche in einem auswärtigen Hospiz untergebracht werden mussten, weil die Angehörigen sich überfordert fühlten und zum Teil auch medizinische Gründe vorlagen. Sie hält die Einrichtung eines stationären Hospizes zur Zeit für nicht gerechtfertigt aus dem Grunde, dass die Verweildauer in den Hospizen immer geringer wird und Patienten teilweise nur noch für Tage oder Stunden in die Einrichtungen kommen. Viele stationäre Hospize melden hohe Leerstände und haben erhebliche Finanzierungsprobleme, da inzwischen bis zu 20% der Aufwendungen über Spenden finanziert werden müssen. Daher gehen die Überlegungen des Caritasverbandes dahin, in einer bereits bestehenden Pflegeeinrichtung Hospizbetten in einem eigens dafür abgeschlossenen Bereich einzurichten und diese von außen ambulant palliativpflegerisch zu versorgen. Hinsichtlich der Finanzierung handelt es sich dabei nicht um ein stationäres Hospiz und auch nicht um eingestreute Hospizbetten in einem Altenpflegeheim.



Frau Dodt macht deutlich, dass auch in der palliativpflegerischen Versorgung der Grundsatz ambulant vor stationär gilt. Das Diakonische Werk hat wie der Caritasverband inzwischen einen ambulanten Hospizdienst eingerichtet, der sich derzeit noch in der Aufbauphase befindet. Dieser Dienst soll in Hagen und in Teilen des Ennepe-Ruhr-Kreises tätig werden. Sie bestätigt die Aussagen von Frau Stoppa über Einzelfälle, in denen die Behandlung nur in einem stationären Hospiz möglich ist. Sie könne sich ebenfalls vorstellen, in einer vorhandenen stationären Pflegeeinrichtung eine Abteilung für Palliativpflege einzurichten, welche durch einen ambulanten Palliativpflegedienst unter Mitwirkung des ehrenamtlichen Hospizdienstes versorgt wird. Obwohl die Finanzierung der ambulanten Versorgung gesichert ist, stelle sich dabei aber grundsätzlich die Frage der ganztäglichen Versorgung, insbesondere in den Nachtstunden. Frau Stoppa stellt dem entgegen, dass die ambulante Palliativpflege des Caritasverbandes Tag und Nacht erreichbar und tätig ist und die Frage zu klären ist, inwiefern vorhandene Ressourcen konzeptionell aufeinander abgestimmt werden können.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Dodt, Frau Stoppa, Frau Sauerwein, Herr Erdtmann, Herr Klein und Herr Verrieth

Herr Klein begrüßt grundsätzlich den von Frau Stoppa vorgetragenen und vom Caritasverband beabsichtigten Weg, die in einer stationären Einrichtung vorhandenen Raumkapazitäten für eine palliativpflegerische Versorgung zu nutzen. In diesem Zusammenhang weist er nochmals auf die enormen Finanzierungsprobleme bestehender stationärer Hospize hin.

Im Folgenden stellt sich Herr Erdtmann als Geschäftsführer des Fördervereins stationäres Hospiz in Hagen vor. Er schließt sich den grundsätzlichen Ausführungen von Frau Dodt und Frau Stoppa an, dass die ambulante Versorgung den Vorrang haben müsse, teilt aber mit, dass aus der Sicht des Fördervereins durchaus der Bedarf für ein stationäres Hospiz in Hagen gegeben ist, weil in Einzelfällen nicht immer die Möglichkeit bei sterbenden Patienten besteht, zu Hause versorgt zu werden. In Hagen gebe es inzwischen viele leerstehende Gebäude in entsprechender Lage, welche mit geringfügigem finanziellen Aufwand für die Nutzung eines Hospizes geeignet sind. Frau Opitz hebt die Notwendigkeit der Vernetzung der Hagener Initiativen hervor und stellt die Frage nach der Zusammenarbeit der unterschiedlich vorhandenen Initiativen in den Raum. Herr Erdtmann macht deutlich, dass seitens des Hospizvereins eine Zusammenarbeit mit den oben genannten Trägern selbstverständlich erfolgen muss, stellt aber heraus, dass der Förderverein weiterhin den Bedarf einer solidären Einrichtung für Hagen und den Ennepe-Ruhr-Kreis sieht. Die Frage von Frau Domröse, ob der Trägerverein über ausreichende finanzielle Mittel verfügt, beantwortet Herr Erdtmann dahingehend, dass der Förderverein inzwischen über einen finanziellen Grundstock verfügt, um zunächst ein geeignetes Objekt anmieten zu können. Eine weitergehende Finanzierung, z.B. des notwendigen Umbaus und der Ausstattung der Einrichtung, müsse über andere Finanzquellen erfolgen. Herr Klein befürchtet, dass aus den geschilderten Ansätzen zum derzeitigen Zeitpunkt in Hagen eine nicht gewollte Konkurrenzsituation der Träger entstehen könnte und weist nochmals auf die zwingende Notwendigkeit der engen Kooperation und Vernetzung aller Beteiligten hin. Frau Sauerwein bedankt sich abschließend bei den Vertretern der Hospizdienste für die geleisteten Informationen.

**8. Bericht aus dem Workshop Demografischer Wandel**

Frau Sauerwein berichtet, dass sie und die Beiratsmitglieder Frau Klenke, Frau Opitz, Herr Insel, Herr Thielmann und Herr Wegener an den Workshops zum demografischen Wandel teilgenommen haben. Sie stellt fest, dass die in Arbeitsgruppen geleistete Arbeit für sie einen positiven Eindruck hinterlassen hat, zumal die Anregungen aus dem Seniorenbeirat, gemeinsame Gespräche mit Verantwortlichen aus der Hagerer Wohnungswirtschaft zu führen, auch bei Herrn Grote auf eine positive Resonanz gestoßen ist. Frau Opitz, Herr Insel und Herr Wegener schließen sich dieser Auffassung an, zumal das in der Arbeitsgruppe erarbeitete Positionspapier zum Masterplan Wohnen positiv aufgenommen worden ist. Ein erster Gesprächstermin mit Herrn Grote und Vertretern der Wohnungswirtschaft ist zwar vereinbart worden, musste aber aus organisatorischen Gründen verschoben werden. Herr Wegener empfiehlt, bei Vorliegen der Sitzungsprotokolle der Workshops die Thematik nochmals auf die Tagesordnung zu nehmen und über das Ergebnis des Gesprächstermins bei Herrn Grote zu berichten.

**9. Bericht aus dem Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit****a) Veranstaltung für Senioren am 28.04.2007****b) Positionspapier zum Thema Masterplan Wohnen ( Anlage )**

Es wird festgestellt, dass der Tagesordnungspunkt b) zum Positionspapier bereits beraten worden ist. Herr Verrieth teilt mit, dass im Rahmen der Veranstaltung „Hagen blüht auf“, am 28.04.2007 ein Programmteil für Hagerer Senioren angeboten wird und für den Seniorenbeirat die Möglichkeit besteht, einen eigenen Informationsstand zu besetzen und sich in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Die organisatorischen Voraussetzungen hierfür sind gegeben. Er bittet daher um aktive Beteiligung und die Benennung von Beiratsmitgliedern. Frau Dömröse erklärt sich bereit, die Begrüßung der Teilnehmer zu übernehmen; Herr Ensberg, Herr Insel, Herr Klapper und Herr Wegener werden die Betreuung des Info-Standes übernehmen.

**10. Haushaltsplanentwurf 2007 - Haushaltsstelle 4980.788.0000.5 - Veranstaltungen für Hagerer Senioren****a) kameraler Haushalt****b) NKF-Haushalt****c) Haushaltssicherungskonzept und Strategiekonzept**

Frau Schmidt erläutert, dass der Leiter der Kämmerei darum gebeten hat, den Tagesordnungspunkt zu erörtern. Hintergrund ist, dass die bisherige kameralistische Haushaltsführung zukünftig durch eine kaufmännische Buchführung abgelöst werden soll – NKF – neues kommunales Finanzmanagement. Es werden zukünftig kommunale Leistungen als Produkte und Teilprodukte definiert.

**11. Verschiedenes**

Frau Sauerwein teilt mit, dass unter der Federführung der Hagerer Wirtschaftsförderung am 05.03.2007 ein Workshop zum Thema Seniorenwirtschaft statt-





gefunden hat. Dieser hat eine Reihe von Themen vorgeschlagen, welche im Rahmen eines EU-Projektes gefördert werden können. Sie wird sich diesbezüglich mit Herrn Dr. Schmidt in Verbindung setzen um zu klären, in welchem Rahmen eine Mitarbeit des Seniorenbeirates als sinnvoll betrachtet werden kann.

Frau Werkmüller gibt bekannt, dass am 02.06.2007 in der Karl-Adam-Sporthalle ein Aktionstag 55-Plus durchgeführt wird. Dort werden unter anderem elf Sportarten für Senioren zum Mitmachen vorgeführt und Workshops angeboten .

Ende des öffentlichen Teiles: 17.00 Uhr



## C. ANWESENDE

---

<u>Name</u>	<u>Bemerkungen</u>
-------------	--------------------

---

Frau Brinkmann, Hildegard  
Frau Dohms, Ulla  
Frau Domröse, Irmgard  
Herr Ensberg, Erich  
Frau Fenselau, Elisabeth  
Herr Hermanns, Mike  
Herr Hesse, Hans-Peter  
Frau Hirsch, Ursula  
Herr Insel, Norbert  
Frau Jaschke, Margret  
Herr Kilic, Mehmet  
Herr Klapper, Hans  
Herr Klein, Hans-Jürgen  
Frau Klenke, Margot  
Herr Mattern, Gerhard  
Frau Nowak von der Way, Gerda  
Frau Opitz, Margit  
Frau Sauerwein, Ruth  
Herr Seidel, Siegfried  
Herr Thielmann, Fritz Otto  
Frau Verbeek, Helmi  
Herr Wegener, Wolfgang  
Frau Wiewiorka, Beate

---

Ruth Sauerwein  
Vorsitzende

---

RVerrieth  
Schriftführer